

# Antworten auf die Wahlprüfsteine von Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung anlässlich der Bundestagswahl 2021



## **1. Im Jahr 2017 wurden die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen in der Umsetzung und welche Schwerpunkte möchte ihre Partei zukünftig setzen?**

Der große Vorteil der 2017 verabschiedeten Leitlinien "Krisenprävention" ist die Formulierung eines friedenspolitischen Leitbilds. Im Gegensatz zum Aktionsplan zivile Krisenprävention von 2004 enthalten die Leitlinie allerdings keine derart konkreten Umsetzungsaufträge mehr wie es das Vorgängerdokument mit seinen "Aktionen" tat. Dadurch wird es schwieriger, die Umsetzung der Leitlinien konkret verfolgen oder messen zu können. Auch fehlt dem neuen Dokument nach wie vor eine Zielsetzung in Form von einem Ausbau konkreter Fähigkeiten zur Erreichung der skizzierten Ziele. Dies ist ein Ansatzpunkt für die Grüne Partei sein. Wir GRÜNE wollen den Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung nicht nur aufwerten und praktisch angewandt sehen, sondern auch sagen, wie dies erreicht werden kann. Dafür braucht es Planziele. Mit ihnen wollen wir eine verlässliche Reserve an einsatzbereiten Mediator\*innen, Expert\*innen für Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung sowie Polizeikräften aufbauen.

## **2. Was sind für Ihre Partei in Bezug auf die weltweite Demokratieförderung die wichtigsten Ziele und mit welchen Instrumenten möchten Sie diese erreichen? Welche Rolle spielt für die Partei dabei ein Summit for Democracy?**

Als GRÜNE begrüßen wir es grundsätzlich, wenn die Biden-Harris-Administration in den USA mit einem Summit for Democracy unterstreichen will, dass sie wieder Wertepartner für die Förderung von Demokratie, die Förderung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit und im Kampf gegen Diktaturen, Autoritarismus und Korruption sein will. In diesen Zielen sind wir vereint. Für die Demokratieförderung ist ein Aspekt zentral: Eine noch deutlich verstärkte Unterstützung für demokratische zivilgesellschaftliche Gruppierungen weltweit und zuhause. Sie bilden das Fundament, auf dem Demokratien funktionieren. Politische Stiftungen, Städtepartnerschaften, Austauschprogramme und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sind wichtige Instrumente.

## **3. Welche Rolle sieht Ihre Partei für Deutschland, bi- und multilateral, in der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung? Zu welchen friedensfördernden Instrumenten greift Ihre Partei und welche regionalen Schwerpunkte setzt sie?**

Menschenrechte, zivile Krisenprävention und der Vorrang für gewaltfreie Konfliktlösungen müssen Leitbild deutscher und europäischer Außenpolitik sein und sich ressortübergreifend und kohärent in allen Politikbereichen widerspiegeln. Deutschland sollte sich stärker für Vorbeugung, zivile Lösungen und den Ausbau ziviler Fähigkeiten einsetzen, vorrangig im Rahmen der EU bzw. der VN. Kaum jemand verfügt über Einrichtungen wie wir mit dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) oder die Schweden mit dem Folke-Bernadotte-Institut. Die zivilen GSVP-Missionen leiden seit jeher und in zunehmendem Maße unter Personalmangel. Vielerorts fehlen Mediator\*innen oder Polizei-, Justiz- und Verwaltungskräfte, Daher wäre ein wichtiger Ansatz, national und auf EU-Ebene diese Fähigkeiten zu stärken und auszubauen.

## **4. 2021 hat die Bundesregierung den 3. Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 verabschiedet. Welche Rolle spielt die WPS-Agenda für Ihre Partei und wie wollen Sie sie umsetzen? Planen Sie die Entwicklung einer feministischen Außenpolitik für Deutschland?**

Die Umsetzung der WPS-Agenda war immer ein zentrales Anliegen der GRÜNEN. Wir wollen die internationale Politik feministischer gestalten und hierfür verbindliche Leitlinien erarbeiten. Dazu gehört, die diversen Perspektiven von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen zu stärken, zu schützen und bei allen bi- oder multilateralen Verhandlungen mindestens gleichberechtigt einzubeziehen. Es gilt sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention gegen Konflikte, bei der Transformation von Konflikten und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Hier braucht es u.a. die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen, länderspezifische Genderanalysen und ein solides Gender Budgeting.

**5. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf eine deutsche restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik? Planen Sie die Entwicklung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes?**

Ja. Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten sich. Die Politischen Grundsätze der Bundesregierung werden in der Praxis exportfreundlich interpretiert. Wir GRÜNE wollen ein möglichst restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz, ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben. Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren und private Militärfirmen verbieten. Um europäische Rüstungsexporte einzudämmen, wollen wir eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln und Sanktionsmöglichkeiten.

**6. Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei in ihrer Afrika-Politik? Welche Rolle sieht Ihre Partei für Deutschland, bi- und multilateral, in der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in Afrika? Welche Strategie sollte die neue Bundesregierung mit Blick auf die Sahel-Region verfolgen?**

Europäische Afrikapolitik muss sich von patriarchalen Denkmustern frei machen und die europäische Verantwortung annehmen. Deutschland soll im EU-Rahmen eine aktivere Rolle übernehmen. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika soll sich auf Klimaschutz, Digitalisierung, Technologietransfer, zivile Krisenprävention und die sozial-ökologische Transformation fokussieren sowie faire und sichere Migrationswege ermöglichen. Der Afrikanischen Union und den Regionalorganisationen stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063, der afrikanischen Freihandelszone und der regionalen Entwicklungs- und Friedensagenden zur Seite. Für die Fortsetzung des Engagements in der Sahel-Region sollten dringend Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz gezogen werden. Rein militärische Lösungen halten wir für die Befriedung des Sahel nicht für sinnvoll.

**7. Welche Länder- und thematischen Schwerpunkte möchte Ihre Partei in der Außenpolitik in der Region Osteuropa setzen? Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland trotz zunehmender Einschränkungen durch die russische Seite weiterhin zu ermöglichen?**

Wir GRÜNE treten dafür ein, die Politik Putins seitens der EU entschieden und geeint zurückzuweisen und die Demokratiebewegungen in Osteuropa schneller, finanziell stärker und verlässlicher zu unterstützen. Es braucht eine Politik, die das gesamte östliche Europa in den Blick nimmt und konsequent auf die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten setzt. Dabei geht es um Werte, aber auch Interessen: Denn einer der Kerngedanken der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris war, dass Sicherheit und Stabilität in Europa undenkbar sind ohne freie Gesellschaften. Mit Blick auf die Politik der Selbstisolation Russlands und Belarus setzen wir auch auf eine Lockerung von Visa-Regeln und mehr zivilgesellschaftlichen Austausch. Wir stehen hinter den Sanktionen der EU und sind bereit, diese nötigenfalls zu verschärfen. Staaten, die ein Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen haben, wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten, um Reformkräfte zu mobilisieren.

**8. Welche Rolle spielen Forschungsergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung für die Positionen Ihrer Partei und welche konkreten und nachhaltigen Maßnahmen zur Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung schlägt Ihre Partei vor?**

Wir haben zahlreiche und konkrete Vorschläge zur Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung in unserem Antrag "Ein Kompass in unruhigen Zeiten – Friedensforschung als Grundlage der Politik stärken" (Drs. Nr. 19/14111) dargelegt. Darin anerkennen wir den Beitrag, den die Forschung zum Verständnis des internationalen Konfliktgeschehens leistet und wertschätzen ihre Empfehlungen. Für jegliches internationale Engagement kommt es entscheidend darauf an, über eine ausreichende Analyse der Situation vor Ort zu verfügen. Diese kann nur vorhanden sein, wenn die Forschungseinrichtungen ausreichend personell und finanziell ausgestattet sind. Bei der Deutschen Stiftung Friedensforschung bemängeln wir GRÜNE beispielsweise seit Jahren die Unterfinanzierung. Für die Zukunft wäre darüber hinaus eine weitere Internationalisierung der Forschung angemessen - so wie der Wissenschaftsrat es nahegelegt hat.